



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
28.05.2019**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale)
Zeit:	17:01 Uhr bis 17:35 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Yvonne Winkler

Harald Bartl

André Cierpinski

Dirk Gernhardt

Renate Krimmling

Elisabeth Nagel

Katharina Hintz

Gottfried Koehn

Marko Rupsch

Gernot Nette

Jens Breitengraser

Ernst Josef Peter Dehn

Lothar Dieringer

Clemens Richter

Ausschussvorsitzende,

Fraktion MitBürger

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

AfD Stadtratsfraktion Halle

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow

Dr. Petra Sachse

Sarah Lange

Beigeordnete Bildung und Soziales

Leiterin Dienstleistungszentrum Wirtschaft,

Wissenschaft und Digitalisierung

Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Ulrich Peinhardt

Steffen Ahrens

Martin Bauersfeld

Nicole Ramin

Anton Schumann

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohneranfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Frau Winkler** eröffnet.

Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winkler informierte, dass der Änderungsantrag TOP 5.2.1 abgesetzt wird, da dieser im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss zurückgezogen wurde.

Frau Winkler schlug vor, den Antrag TOP 5.3 in die Haushaltsberatungen 2020 zu vertagen.

Herr Rusch sprach sich gegen eine Vertagung aus. Er sagte, dass der Antrag inhaltlich beraten werden kann.

Herr Bartl stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung in die Haushaltberatungen.

Herr Nette sagte, dass der Antrag inhaltlich diskutiert werden kann und im Anschluss, zur Klärung der finanziellen Deckung, in die Haushaltsberatung zu vertagen.

Frau Winkler bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: **mehrheitlich abgelehnt**

Herr Bartl schlug vor, den Antrag TOP 5.5 gemeinsam mit dem Antrag der CDU/ FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) in der morgigen Stadtratssitzung zu diskutieren. Er stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, da beide Anträge die gleiche Intention haben.

Frau Nagel sprach sich dagegen aus.

Frau Winkler bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: **mehrheitlich abgelehnt**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2019
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufwertung des Themas Digitalisierung in der zukünftigen Stadtratsarbeit
Vorlage: VI/2019/04986
- 5.2. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VI/2019/04964
- 5.2.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)
Vorlage: VI/2019/05039
- 5.2.2. Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)
Vorlage: VI/2019/05242
- 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Wirtschaftsverkehrs und Verbesserung der Luftqualität durch ein Förderprogramm zur Anschaffung von Transportfahrrädern
Vorlage: VI/2019/04980
- 5.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“
Vorlage: VI/2019/04988
- 5.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbenennung der Händelhalle
Vorlage: VI/2019/05174
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04925
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

ABGESETZT

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2019

Frau Winkler informierte, dass die öffentliche Niederschrift vom 23. April 2019 zur Bestätigung im Juni 2019 den Ausschussmitgliedern vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufwertung des Themas Digitalisierung in der zukünftigen Stadtratsarbeit
Vorlage: VII/2019/04986**

Herr Rupsch sagte, dass er sich in der letzten Ausschusssitzung gegen eine Vertagung ausgesprochen hat.

Herr Bartl stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung in die neue Legislaturperiode.

Frau Winkler bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag:

mehrheitlich zugestimmt

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufwertung des Themas Digitalisierung in der zukünftigen Stadtratsarbeit
Vorlage: VII/2019/04986**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) „Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung“ wird in „Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung, Digitalisierung sowie Beschäftigung“ umbenannt.
2. Der Ausschuss erhält folgende zusätzlichen Empfehlungsrechte:
 - Angelegenheiten der digitalen Infrastruktur
 - Angelegenheiten der digitalen Bildung

- Angelegenheiten der digitalen Bürgerservices und des eGovernments
 - Angelegenheiten des digitalen Tourismusmanagements
 - Angelegenheiten der digitalen Bürgerinformation und -beteiligung
 - Angelegenheiten der digitalen Stadtentwicklung und Mobilität
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) bis zur Stadtratssitzung am 24.04.2019 als Beschlussvorlage einzubringen.

zu 5.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VII/2019/04964

zu 5.2.2 Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VII/2019/04964)
Vorlage: VII/2019/05242

Frau Nagel fragte, weshalb der Antrag in diesen Ausschuss verwiesen wurde und bat um Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Bartl stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtzuständigkeit dieses Ausschusses.

Frau Winkler bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Nichtzuständigkeit.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: **einstimmig zugestimmt**

zu 5.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VII/2019/04964

Abstimmungsergebnis: **Nichtbehandlung**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister

- a) zu prüfen, welche Rahmenbedingungen für die Einrichtung eines Behindertenbeirates als Organ der Selbstvertretung geschaffen werden muss. Zu prüfen ist, welche Geschäfts-/Wahlordnung angemessen ist und welche natürlichen/ juristischen und Personen als Mitglieder in Frage kommen. Dieser Beirat soll die Vertretung der Menschen mit Behinderung im ebenfalls zu gründenden kommunalen Netzwerk Inklusion sein.

~~b) zu prüfen, welche rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Einrichtung eines kommunalen Netzwerkes Inklusion geschaffen werden müssen. Zu prüfen ist, welche Geschäfts-/Wahlordnung angemessen ist und welche juristischen (eventuell auch natürlichen) Personen als Mitglieder in Frage kommen. Mitglieder sollten auf jeden Fall die Eigenbetriebe für Arbeit und Kita sowie das Jobcenter sein.~~

Dem Stadtrat ist ein entsprechender Bericht über die Ergebnisse/Zwischenergebnisse bis spätestens zur Sitzung des Stadtrates im April- **September** 2019 zu geben.

**zu 5.2.2 Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)
Vorlage: VI/2019/05242**

Abstimmungsergebnis: **Nichtbehandlung**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die Voraussetzungen für die Errichtung eines Inklusionsbeirates der Stadt Halle (Saale) zu schaffen und dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung am 30.10.2019 eine Beiratssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Dem Beirat gehören u.a. VertreterInnen der Behindertenverbände an. Die Fraktionen im Stadtrat der Stadt Halle haben die Möglichkeit, jeweils eine VertreterIn mit beratender Stimme in den Beirat zu entsenden.
3. Die Aufgaben des Beirates sind u.a.:
 - Beratung des Stadtrates und seiner Ausschüsse sowie der Stadtverwaltung in allen Fragen der Selbstbestimmung, Teilhabe und Barrierefreiheit
 - Erstellen von Handlungsempfehlungen an den Stadtrat und die Stadtverwaltung
 - Durchführung von Anhörungen zu spezifischen Sachverhalten
 - Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger in allen Fragen der Selbstbestimmung, Teilhabe und Barrierefreiheit sowie für die Belange von Menschen mit Behinderungen
 - Mitwirkung bei Planung und Errichtung öffentlicher Anlagen, Einrichtungen und Vorhaben der Stadt Halle (Saale)
4. Der Inklusionsbeirat soll durch eine sachkundige EinwohnerIn im Sozial-, Gesundheits-, und Gleichstellungsausschuss der Stadt Halle (Saale) vertreten werden (vgl. Seniorenvertretung der Stadt Halle e. V.). Die Fraktionen entscheiden im Rahmen ihres Vorschlagsrechts zur Berufung der sachkundigen EinwohnerInnen über die Freigabe eines ihrer Mandate zugunsten einer VertreterIn des Inklusionsbeirates.

zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Wirtschaftsverkehrs und Verbesserung der Luftqualität durch ein Förderprogramm zur Anschaffung von Transportfahrrädern
Vorlage: VII/2019/04980

Herr Rupsch brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Nette bat um eine Definition für Transportfahrrad.

Herr Rupsch antwortete, dass es sich um ein Lastenfahrrad handelt. Diese Fahrräder haben die Möglichkeiten eine erhebliche Zulast zu transportieren.

Herr Bartl sagte, dass der Antrag in die Zuständigkeit der Haushaltsberatungen gehört.

Frau Hintz sagte, dass der Antrag ein Antrag der Wirtschaftsförderung ist. Es ist zu klären, ob eine solche Förderung gewünscht ist. Sie sprach sich für den Antrag aus.

Herr Dieringer fragte, ob mit ortsansässigen Handwerksbetrieben gesprochen wurde.

Herr Rupsch antwortete, dass er mit Verwaltungen Kontakt aufgenommen hat, welche ein solches Programm bereits fördern.

Herr Nette sagte, dass Steuermittel für ein Projekt ausgegeben werden, obwohl sich, seiner Meinung nach, jeder ein Lastenfahrrad leisten kann.

Herr Richter fragte, ob Herr Rupsch mit Betrieben aus der Stadt Halle (Saale) gesprochen hat, welche ein Nutzungsinteresse hätten. Er merkte an, dass viele Pflegedienste das Fahrradfahren aufgrund der Sturzgefahr verbieten.

Herr Rupsch verneinte dies.

Frau Winkler sagte, dass die Fraktion MitBürger den Antrag unterstützt.

Frau Hintz nahm Bezug auf Herrn Richter und sagte, dass ein solcher Betrieb, aufgrund einer möglichen Verletzungsgefahr, einen solchen Antrag nicht stellen würde. Sie sagte, dass es darum geht ein Angebot für Interessenten zu schaffen.

Herr Cierpinski fragte nach dem Effekt einer Umsetzung. Er merkte an, wenn der Einzelne davon überzeugt ist, sich ein Lastenfahrrad zuzulegen, dann macht dieser das aus Überzeugung.

Herr Nette stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung in die Haushaltsberatungen.

Frau Nagel merkte an, dass bei einer Vertagung in die Haushaltsberatungen eine Stellungnahme der Verwaltung vorgelegt werden sollte und vorab mit ortsansässigen Betrieben gesprochen wird.

Frau Dr. Sachse sagte, dass die Verwaltung bereits in der Stellungnahme auf die zunächst erforderliche Bedarfsermittlung hingewiesen hat.

Frau Winkler bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung in die Haushaltsberatungen.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag:

mit Patt abgelehnt

Frau Winkler bat um Abstimmung des Antrages.

- zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Wirtschaftsverkehrs und Verbesserung der Luftqualität durch ein Förderprogramm zur Anschaffung von Transportfahrrädern**
Vorlage: VI/2019/04980

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ab 2020 ein Förderprogramm in Höhe von jährlich 10.000 EUR für Transportfahrräder aufzulegen. Mit den bereitgestellten Mitteln soll der Kauf von Transportfahrrädern mit einer Zuladung von 40 kg bis 150 kg mit einem Zuschuss von 30 % des Nettokaufpreises bis maximal 1.000 EUR pro Transportfahrrad gefördert werden. Nicht förderfähig sind Fahrräder, die vorrangig als Werbeträger dienen sowie der Erwerb und die Verwendung gebrauchter Fahrräder. Antragsberechtigt sind Gewerbetreibende, freiberuflich tätige Personen sowie gemeinnützige und öffentliche Einrichtungen mit Sitz in Halle (Saale).
2. Nach zwei Jahren Laufzeit wird das Programm evaluiert.
3. In den Förderrichtlinien wird festgelegt, dass der Weiterverkauf eines geförderten Fahrzeugs frühestens drei Jahre nach Erstkauf zulässig ist, anderenfalls ist die Fördersumme zurückzuerstatten.
4. Zu Werbezwecken für diese Initiative ist auf den geförderten Transportfahrrädern ein gut sichtbarer Aufkleber des Förderprogramms anzubringen und für die Dauer von drei Jahren zu belassen.

- zu 5.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“**
Vorlage: VI/2019/04988

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung des Antrages bat.

- zu 5.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“**
Vorlage: VI/2019/04988

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Stadt Halle (Saale) schließt sich der Erklärung „2030-Agenda – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ (https://skew.engagement-glo-bal.de/files/2_Mediathek/Mediathek_Microsites/SKEW/Themen/Global_Nachhaltige_Kommune/Beschluesse_und_Papiere/Musterresolution_2030-Agenda.pdf) an. Stadtverwaltung und Stadtrat sind damit dazu angehalten, die von den Vereinten Nationen (VN) am 25. September 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele („Sustainable Development Goals“ (SDG)) im Rahmen der kommunalen Verantwortlichkeiten mit Leben zu erfüllen.

**zu 5.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbenennung der Händel-Halle
Vorlage: VI/2019/05174**

Frau Nagel brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Dieringer fragte, ob der Betreiber der Händel-Halle mit einer Umbenennung einverstanden wäre.

Frau Nagel antwortete, dass der Antrag aus den Gesprächen mit dem Betreiber resultiert.

Herr Bartl sagte, dass die Umbenennung auch im Sinne der CDU/FDP-Stadtratsfraktion liegt. Er hofft auf eine gegenseitige Unterstützung.

Herr Nette fragte, ob das DORMERO Kongress & Kulturzentrum Halle (K&K) auf den Namen verzichtet hat. Er sagte, dass es bei einer Umbenennung der Händel-Halle zur Verwechslungsgefahr kommen könnte.

Frau Dr. Sachse verneinte dies.

Herr Nette fragte, ob die entsprechenden Räumlichkeiten für ein Kongresszentrum in der Händel-Halle gegeben sind.

Frau Nagel bezog sich auf die Verwechslungsgefahr und sagte, dass voraussichtlich auch am Riebeckplatz ein neues Kongresszentrum entstehen soll. Eine Abgrenzung der einzelnen Zentren ist durch die Örtlichkeit gegeben.

Des Weiteren sagte sie, dass in der Händel-Halle etliche Nebenräume zur Verfügung stehen und dort bereits Messen und Kongresse stattfinden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung des Antrages bat.

zu 5.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbenennung der Händelhalle
Vorlage: VI/2019/05174

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Georg-Friedrich-Händel-Halle wird in enger Rücksprache mit dem Betreiber umbenannt. Der neue Name lautet: „Kultur-und Kongresszentrum – Händelhalle“.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04925

Frau Brederlow informierte, dass im Juni, beginnend mit dem Bildungsausschuss, das IT-Konzept als Beschlussvorlage eingebracht wird und diese Informationsvorlage den Ausschussmitgliedern zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Dehn zur Wirtschaftsförderung

Herr Dehn sagte, dass die Wirtschaftsförderung ehrenamtliche Unterstützung bekommen hat und bat um nähere Informationen.

Frau Dr. Sachse schlug vor, Frau Hinniger in den kommenden Ausschuss einzuladen.

Herr Dehn fragte, wie die Organisationsstruktur angedacht ist. Er merkte an, dass die bisherige Struktur eine sehr gut aufgestellte und effiziente ist.

Frau Dr. Sachse antwortete, dass sich die Organisationsstruktur nicht ändern wird.

zu 8.2 **Herr Dehn zum Wirtschaftskonzept**

Herr Dehn fragte, wann die neue Evaluierung des Wirtschaftskonzeptes dem Ausschuss vorgelegt wird.

Frau Dr. Sachse antwortete, dass eine Evaluierung erst durchgeführt werden muss.

zu 9 **Anregungen**

zu 9.1 **Themenspeicher**

Frau Winkler verwies auf den hinterlegten Themenspeicher in Session.

Es gab keine weiteren Ergänzungswünsche.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Winkler beendete den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Sarah Lange
Protokollführerin